

Zuwanderung notwendig

Fachkräftemangel in Ostdeutschland



Statt Arbeitslosigkeit Fachkräftemangel

Der Osten Deutschlands war nach der Wiedervereinigung lange Zeit von hoher Arbeitslosigkeit geprägt. Jetzt aber hat sich das Blatt gewendet: Fachkräfte werden dringend gesucht – für die Wirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst.

Das hat vor allem damit zu tun, dass zukunftsträchtige Wirtschaftszweige wie die Wasserstoff- und Halbleiterproduktion an ostdeutschen Standorten heimisch geworden sind. Ein besonders Erfolgversprechender Coup dürfte in diesem Zusammenhang die vorgesehene Errichtung des Halbleiterwerks der US-Firma Intel in Magdeburg sein. Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider, erwartet jedenfalls laut einem Ende Juni veröffentlichtem Interview mit t-online außerordentlich positive Auswirkungen des Deals auf den dortigen Arbeitsmarkt: „Wir gehen davon aus, dass sich neben den 3 000 direkt angekündigten Stellen von Intel mindestens das Vierfache an zusätzlichen Arbeitsplätzen entwickelt.“

Personelle Ressourcen fehlen

Bislang ist für die ostdeutsche Unternehmenslandschaft ein starker Mittelstand charakteristisch. Wertschöpfungsstärkere Großunternehmen, die ganze Wirtschaftsstandorte prägen, sind hingegen eher die Ausnahme.

Diese erfreulichen Tendenzen treffen in Ostdeutschland aber auf eine Region, in der Abwanderungen und eine geringe Geburtenrate nach dem Umbruch 1989/1990 starken demografischen Niederschlag gefunden haben, so dass die notwendigen personellen Ressourcen für den wirtschaftlichen Aufbruch fehlen. Kein Wunder, dass die Fachkräftesicherung in Ostdeutschland eines der Hauptthemen des jährlichen Aus-



Gruppenfoto mit der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider, bei der Konferenz in Chemnitz

tauschs von Bundeskanzler Olaf Scholz und Staatsminister Carsten Schneider mit der Ministerpräsidentin und den Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder (MPK Ost) am 22. Juni 2023 in Chemnitz war.

Zuwanderung notwendig

Rückwanderung allein wird den Bedarf nicht decken, wenn nach Berechnungen der Bundesagentur bis 2035 allein schon in Sachsen-Anhalt bis 2035 320 000 Menschen im erwerbsfähigen Alter gebraucht werden. Schon beim Fachkräftegipfel Ost im Februar in Schwerin war deshalb klar: Auch Zuwanderung ist nötig, sollen soziale Sicherungssysteme krisenfest bleiben.

Deshalb sind nicht nur Weiterbildung und Qualifizierung im Inland das Gebot der Stunde, Deutschland muss auch für die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte sorgen. Die Reform

des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, die der Deutsche Bundestag im Juni beschlossen hat, war zumindest schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung. Menschen können jetzt über eine Chancenkarte nach Deutschland einreisen und vor Ort nach einer Beschäftigung suchen.

Internationale Konkurrenz

Allerdings sucht nicht nur Deutschland gut qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland. Die Konkurrenz mit zahlreichen – vor allem englischsprachigen – Ländern ist groß. Für Deutschland erweist sich dabei nicht nur die Sprachbarriere als Hindernis, sondern auch eine unzureichende Willkommenskultur.

Dass Deutschland auf der internationalen Beliebtheitskala längst nicht den ersten Platz belegt, weiß auch Karamba Diaby, seit 2013 Bundestags-

abgeordneter für den Wahlkreis Halle und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstands. In einem Gastbeitrag „Willkommen in Ostdeutschland“ für die Frankfurter Rundschau vom 28. Juni 2023 berichtet der geborene Senegalese, der 1986 zum Studium in die damalige DDR kam, von vielen positiven Erfahrungen, aber auch Hass und Hetze. Allein drei Angriffe auf sein Bürgerbüro in Halle hat es seit 2015 gegeben. Für ihn steht fest: „Rassismus, rechtsextreme Strukturen sowie Diskriminierung und Gewalt dürfen nicht verschwiegen werden. Es gilt, mit politischer Bildung und Dialog und – wo nötig – durch robuste innere Sicherheitspolitik jeden Tag für ein offenes Miteinander einzustehen.“

Weltoffenheit bescheinigt

Grundsätzlich aber bescheinigt Diaby Ostdeutschland Weltoffenheit und eine vielfältig

Wir suchen
Dich!
Jetzt bewerben!

Foto: stockwerk-fotodesign/Colourbox.de

engagierte Zivilgesellschaft, die das Ankommen in Deutschland erleichtert. Integration und Willkommenskultur, weiß Diaby aus eigener Erfahrung, findet insbesondere auch in der Freizeit statt, wo sich Kontakte und Begegnungen ergeben.

Auch Staatsminister Schneider ist sich sicher, dass die homo-

gene Gesellschaft der DDR-Zeit, in der es nur wenige Menschen aus dem Ausland gab und kaum Erfahrung mit Zuwanderung gesammelt werden konnte, der Vergangenheit angehört. Dafür habe schon die EU-Migration in den Grenz-

gebieten etwa zu Polen oder Tschechien gesorgt. Auch der Umgang mit den vielen ukrainischen Geflüchteten ist von Offenheit und Solidarität geprägt, betont Schneider und verweist im übrigen auf Rassismus auch in anderen deutschen Regionen.

■ Mehr Verständnis

Überhaupt wünscht sich Schneider in Gesamtdeutschland mehr Verständnis füreinander und ein gemeinsames Interesse aneinander. „Es sagt doch schon sehr viel aus, dass 20 Prozent der West-

deutschen noch nie in Ostdeutschland waren. Wir brauchen viel mehr Austausch, mehr ost-west-deutsche Städtepartnerschaften, mehr Austausch zwischen Schulen und Sportvereinen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, betont der Staatsminister zu Recht im Interview mit t-online. ■

33 Jahre Wissenschaftsstandort Ost

Rückblick und Ausblick auf eine Erfolgsgeschichte

Der Wissenschaftsstandort Ostdeutschland hat seit 1990 eine besondere Erfolgsgeschichte geschrieben. Es entstand eine breite Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die mit ihren herausragenden Innovationen, exzellenter Spitzenforschung und renommierten Einrichtungen nicht nur national, sondern international konkurrenzfähig ist und gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der Region geleistet hat.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer, der seit 1. Dezember 2022 turnusmäßig für ein Jahr den Vorsitz der Konferenz der ostdeutschen Regierungschefinnen und -chefs (MPK Ost) eingenommen hat, hatte zu der Thematik am 3. Juli 2023 50 Persönlichkeiten in die sächsische Landesvertretung in Berlin eingeladen, die in den 33 Jahren seit der Wiedervereinigung die Entwicklung einer Wissenschaftslandschaft in den ostdeutschen Bundesländern maßgeblich geprägt haben oder immer noch prägen.

Bei dem intensiven und hochrangigen Austausch, an dem unter anderem auch die Bun-

desforschungsministerinnen a. D. Annette Schavan und Prof. Dr. Johanna Wanka teilnahmen, wurden nicht nur die Errungenschaft der vergangenen 33 Jahre, sondern auch künftige Herausforderungen erörtert. Viele wertvolle Erfahrungen, Best-Practice-Beispiele und konstruktive Verbesserungsvorschläge der Expertinnen und Experten für eine zukunftsgerichtete Forschungspolitik wurden bei dem Zusammentreffen gesammelt.

Sachsen möchte in seinem Vorsitzjahr Ostdeutschland als Zukunftsregion weiter voranbringen. Forschung und Entwicklung sind dabei ein zentrales Element. ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht
dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund mecklenburg-vorpommern
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Tel.: 03855 811050, post@dbb-mv.de,
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen
Theresienstraße 15, 01097 Dresden
Tel.: 0351 4716824, post@sbb.dbb.de,
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock
dbb beamtenbund
und tarifunion sachsen-anhalt
Schleierstraße 12, 39104 Magdeburg
Tel. 0391 5619450,
post@sachsen-anhalt.dbb.de,
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Landesgeschäftsstelle
Schmidtstädter Straße 9, 99084 Erfurt
Tel.: 0361 6547521, post@dbbth.de,
www.thueringer-beamtenbund.de

Redaktion: Annemarie Wellige
(leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: stockwerk-fotodesign/Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,
40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,
Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,
Telefon: 02102.74023-714

Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,
Telefon: 02102.74023-712,
Preisliste 26, gültig ab 1.1.2023

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Engagement für den Katastrophenschutz dbb Mandatsträger bei Waldbrand im Einsatz

Zwei dbb Bundesvorstandsmitglieder haben bei der Bekämpfung eines großen Waldbrandes in Mecklenburg-Vorpommern tatkräftig mitgeholfen. Dank ihrer Intervention konnten später Missverständnisse über den europäischen Katastrophenschutz ausgeräumt werden.

Extreme Wetterereignisse nehmen zu. Auch die beiden großen Waldbrände auf den ehemaligen Truppenübungsplätzen bei Lübbtheen und Hagenow waren vor allem eine Folge ausbleibenden Regens.

Ulrich Dohle, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BDF), kennt die Folgen des Klimawandels aus seiner täglichen Arbeit nur allzu gut, sein Einsatz bei den Waldbränden – als Bindeglied zwischen den eingesetzten Feuerwehren und den Kräften der Bundeswehr – war aber auch für ihn nicht alltäglich. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des dbb Landesbundes Mecklenburg-Vor-

pommern, Dietmar Knecht, half Dohle, die Brände zu bekämpfen. Diese hatten sich mittlerweile auf eine Fläche von rund 135 Hektar munitionsbelasteter Fläche ausgedehnt und mehrere Ortschaften bedroht. Eine davon musste sogar evakuiert werden.

Dohle und Knecht, die sich im normalen Leben für gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung ihrer Kolleginnen und Kollegen starkmachen, hatten auch während ihres schwierigen Brandeinsatzes ein offenes Ohr für die Beschäftigten: Die eingesetzten Feuerwehrleute fühlten sich nämlich von Europa im Stich gelassen.



> Entspanntere Gesichter nach Entspannung der Waldbrandlage in Lübbtheen und Hagenow: Dietmar Knecht (links) und Ulrich Dohle im Lagezentrum des Landkreises Ludwigslust-Parchim

Grund dafür war, dass die Europäische Union seit 2001 eine Katastrophenhilfe aufgebaut hat und sogar eigene Löschflugzeuge zur Verfügung stellt. Wo aber blieb die europäische Amtshilfe?

Dietmar Knecht, der auch stellvertretender Vorsitzender der dbb Grundsatzkommission für Europa und Kommunales ist, ließ die Angelegenheit nicht auf sich beruhen und nutzte am 13. Juni die erstbeste Gelegenheit, den EU-Botschafter in Deutschland, Jörg Wojahn, in einer Onlinesitzung der dbb Grundsatzkommission zu diesem Thema zu befragen. Wojahn hakte sofort nach und

konnte berichten, dass die Feuerwehren in Lübbtheen und Hagenow mit Lagebildern des europäischen Satellitenprogramms Copernicus arbeiten. Genau darum und um keine weitere Unterstützung hatten die deutschen Behörden gebeten. Brüssel lieferte umgehend.

Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort haben diese Klarstellung des Sachverhalts dankbar aufgenommen und Dietmar Knecht freute sich, gemeinsam mit Ulrich Dohle nicht nur bei der Brandbekämpfung geholfen, sondern auch eine motivierende Information zum konkreten Mehrwert Europas weitergegeben zu haben. ■

DSTG im Gespräch mit Landtagsabgeordnetem

Funktionsfähigkeit der Einnahmeverwaltung gefährdet!

Die dramatisch zugespitzte Personalsituation in den Finanzämtern war Schwerpunktthema des traditionellen jährlichen Treffens der DSTG-Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern mit dem Landtagsabgeordneten Tilo Gundlack (SPD), das am 22. Mai 2023 im Finanzamt Schwerin stattfand.

Das rund zweistündige Treffen, an dem auch Finanzamtsvorsteher Andreas Grüttner teil-

nahm, war kurz zuvor am Rande des Personal- und Betriebsräteempfangs am

26. April in Wismar vereinbart worden. Die DSTG, die mit Susanne Wienke, Anja Scher-

lacher und Frank Höhne bei dem Gespräch vertreten waren, skizzierten mit Unterstüt-

zung von Andreas Grüttner die aktuelle Lage in der Steuerverwaltung, die durch viele Problembereiche gekennzeichnet ist. Neben dem Personalmangel zählen dazu Grundsteuer, Nachbesetzungsverfahren, zunehmende Arbeitsbelastung Nachwuchsgewinnung und Umgang mit dem vorhandenen Personal sowie dem nachgeordneten Bereich, speziell den Finanzämtern.

Das Gespräch fand – wie gewohnt – in einer sehr angenehmen Atmosphäre statt. Man kennt sich seit vielen Jahren und wusste, dass Tilo Gundlack die Sorgen und Probleme der Finanzverwaltung nicht unbekannt sind. Sehr schnell kam man deshalb auf die außerordentlich zunehmende Aufgabenfülle unter anderem im Zusammenhang mit der Coronapandemie und nach-



> MdL Tilo Gundlack (SPD), LRD Andreas Grüttner (Vorsteher), Anja Scherlacher (Beisitzerin im DSTG-Landesvorstand), Susanne Wienke (stellvertretende DSTG-Landesvorsitzende), Frank Höhne (DSTG-Landesvorsitzender) (von links)

folgenden Krisen sowie infolge des „Jahrhundertprojekts Grundsteuer“ zu sprechen. Die DSTG-Mitglieder machten dabei sehr deutlich, dass die Arbeitsfähigkeit der Einnahmeverwaltung von Mecklen-

burg-Vorpommern in höchster Gefahr ist.

„Mit ausdrücklicher Unterstützung des Vorstehers Andreas Grüttner haben wir den Landtagsabgeordneten Tilo Gund-

lack aufgefordert, sein politisches Gewicht für eine Stärkung der Steuerverwaltung unseres Landes in die Waagschale zu werfen“, ließ der DSTG-Landesvorsitzende Frank Höhne nach dem Gespräch wissen. ■

vhw-Vertreterversammlung

Manfred Krüger im Amt bestätigt

Die Delegierten der Vertreterversammlung des vhw Mecklenburg-Vorpommern haben am 6. Juni 2023 in Wismar den vhw-Landesvorsitzenden, Prof. Dr. Manfred Krüger in seinem Amt bestätigt. Als 1. stellvertretende Landesvorsitzende wurde Dr. Antje Bernier, als 2. stellvertretende Landesvorsitzende Prof. Dr. Sixten Bussemer und als Schatzmeisterin Kerstin Dankwardt gewählt. Prof. Dr. Martin Krohn gehört der neuen Landesleitung als Beisitzer an.

Rechnungsprüferinnen wurden Claudia Walden-Bergmann und Regina Krause. Alle Funktionsträgerinnen und Funktionsträger wurden für eine weitere Amtszeit von vier Jahren gewählt.

Zum Auftakt der von Prof. Dr. Martin Krohn geleiteten Vertreterversammlung hatte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht als Ehrengast der Veranstaltung in einem ausführlichen Grußwort die gute Zusammenarbeit zwischen dbb mecklenburg-vorpommern und vhw Mecklenburg-Vorpommern gewürdigt.



> Der neue Landesvorstand und die Rechnungsprüferinnen Prof. Dr. Martin Krohn, Regina Krause, Kerstin Dankwardt, Prof. Dr. Manfred Krüger, Claudia Walden-Bergmann (von links)

Außerdem informierte der dbb Landeschef über aktuelle Ent-

wicklungen im Tarif- und Beamtenrecht.

Satzungsgemäß berichtete der Landesvorsitzende Prof. Dr. Manfred Krüger im Anschluss über die Aktivitäten und Veranstaltungen des vhw Landesverbandes im Jahr 2022 und die Schatzmeisterin legte Rechenschaft über die im Berichtszeitraum getätigten Einnahmen und Ausgaben ab. Außerdem stellte sie den Haushaltsplan 2023 vor.

Nachdem auch die Kassenprüferinnen die einwandfreie und satzungsgemäße Verwendung der finanziellen Mittel bestätigt hatten, entlasteten die Delegierten auf Antrag von Prof. Dr. Buller den alten Landesvorstand, sodass unter Leitung einer Wahlkommission mit Prof. Dr. Buller und Burkhard Stibbe der neue Landesvorstand gewählt werden konnte. ■

Staatsrechtsschulung für verbeamtete Lehrkräfte

Fortbildungsangebot kommt gut an

Auch in diesem Jahr führt der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem dbb mecklenburg-vorpommern wieder Fortbildungsveranstaltungen zum Staatsrecht, zum Staatsaufbau und zu den Grundlagen des Verwaltungsrechts durch.

Eine Fortbildung im Staatsrecht zählt zum Pflichtprogramm für Beamtinnen und Beamte auf Probe. Sie kann bereits während des Referendariats absolviert werden

Eine der VBE-Veranstaltungen fand am 12. Juni in der Aula der IGS „Vier Tore“ in Neubrandenburg statt. Fast 50 junge Pädagoginnen und Pädagogen waren der Einladung von dbb und VBE gefolgt.

Den Hauptvortrag hielt Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion m-v, der über die Rechte und Pflichten von Beamtinnen und Beamten referierte.

Der VBE-Landesvorsitzende Michael Blanck nutzte die Gelegenheit, von seinen Erfahrungen aus dem Schulalltag zu berichten. Wie Dietmar Knecht stand auch er für die Beantwortung zahlreicher Fragen aus dem Publikum zur Verfügung. ■

© VBE MV

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Heinrich-Mann-Str. 18
19053 Schwerin
T. +49 385-55 54 97
F. +49 385-550 74 13
info@vbe-mv.de
www.vbe-mv.de

VBE-Info

Fortbildung zum Staatsrecht für verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer

Eine Fortbildung zum Staatsrecht ist eine Pflichtfortbildung für Beamte und Beamtinnen auf Probe. Kann auch schon im Referendariat absolviert werden.

Anmeldung per Mail oder Telefon in der Geschäftsstelle (s. oben)

Wann? 12. Juni 2023, 16.00 Uhr
Wo? Aula, IGS „Vier Tore“
Geschwister-Scholl-Str. 14
17033 Neubrandenburg

Begrüßung
Michael Blanck, Landesvorsitzender VBE

Hauptvortrag: Staatsrecht, Rechte und Pflichten als Beamter
Ref.: Dietmar Knecht, Landesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion
Ref.: Michael Blanck, Landesvorsitzender VBE

Im Anschluss besteht Zeit zur individuellen Beratung!
Die Veranstaltung ist vom IQ M-V als Fortbildung anerkannt.

Reisekosten können leider nicht übernommen werden.

VBE Heinrich-Mann-Str. 18 19053 Schwerin

komba Landesjugendtag

komba jugend wählt neue Leitung

Der erste Landesjugendtag der komba jugend mecklenburg-vorpommern am 7. und 8. Juni 2023 in Schwerin hat eine neue Landesjugendleitung mit Lisa-Marie Brade an der Spitze gewählt. Stellvertretende Landesjugendleiter sind Aileen Radtke, André Kaelcke, Johannes Hofmann und Oliver Grunert. Fiene Rose wurde in die Landesjugendleitung kooptiert.

Mit dieser personellen Besetzung sind viele Fachbereiche der komba abgedeckt, wie Angestellte, Beamte, Anwärter, Kommunal- und Landesbeamte oder auch Rettungsdienst.

Die Delegierten des Landesjugendtages, der in der Geschäftsstelle des dbb mecklenburg-vorpommern stattfand, erwartete über die

zwei Tage hinweg ein spannendes Programm: Zunächst informierte dbb Landeschef Dietmar Knecht über aktuelle gewerkschaftliche Themen. Und nach einer Schlossführung

standen die Abgeordneten Dagmar Kaselitz und Thomas Diener den Delegierten des Landesjugendtages im Landtag ausführlich Rede und Antwort.

Nicht weniger ereignisreich verlief der zweite Tag der Veranstaltung, an dem Henrik Krone (DBV) und Heiner Mammen (Swiss Life Select) zunächst die Vorteile des dbb vorsorgewerk vorstellten.

Anschließend stand der Landesjugendtag ganz im Zeichen von Antragsberatungen. Zahlreiche Beschlüsse, unter anderem zur Kernarbeitszeit, zu vermögenswirksamen Leistungen und zur Sicherheit im öffentlichen Dienst wurden gefasst. Auch ein Positionspapier zur Fachhochschule Güstrow haben die Delegierten verabschiedet. ■



GK Beamtenrecht

Anpassung des Sächsischen Reisekostengesetzes

„Wenn jemand eine Reise tut, dann kann er was (v)erzählen“, fabulierte der Dichter Matthias Claudius im Jahr 1775. Und das gilt nicht nur für private (Urlaubs-)Reisen, sondern auch für Dienstreisen. Aktuell können die sächsischen Bediensteten erzählen, dass nun endlich das Reisekostengesetz angepasst wurde. Lang, sehr lang hat es gedauert.



Bereits im Rahmen der Wertschätzungsinitiative war eine Anpassung der Regelungen vorgesehen. Entsprechende Kabinettsbeschlüsse lagen schon 2019 vor. Aber erst im Oktober 2022 wurde dem SBB ein Gesetzesentwurf zur Anhörung vorgelegt. Damals noch ohne Anpassung bei der großen Wegstreckenentschädigung. Nochmals verging ein Dreivierteljahr bis zum Inkrafttreten eines neuen Reisekos-

tengesetzes. Die lange Bedenkzeit hat immerhin noch zu Erhöhungen bei den Wegstreckenentschädigungen geführt. Nun gut, Ding will Weile haben, aber in diesem Fall ging die lange Bedenkzeit eindeutig zulasten derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die bei Dienstreisen auf ihren privaten Pkw angewiesen sind. Darüber hinaus waren vor allem Anwärtinnen und Anwärter Leidtragende dieser langen Zeit, wur-

den ihnen bisher doch nur 75 Prozent der Reisekosten erstattet. Die Absichten der Wertschätzungsinitiative sind mit dieser Vorgehensweise leider ad absurdum geführt worden.

Es muss sich jetzt in der Praxis zeigen, wie auskömmlich die neuen Erstattungsbeträge sind. Dabei darf der Blick nicht nur an die Tank- oder Ladesäule gehen. Anschaffungs- und Unterhaltskosten werden allzu oft nur am Rande betrachtet. Aber auch hier sind erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen.

Jetzt könnte man sagen: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzt doch öffentliche Verkehrsmittel.“ Hier werden schließlich alle anfallenden Kosten erstattet und der Umwelt ist auch noch geholfen. In größeren Städten in Sachsen mag dies in vielen Fällen die bessere Alternative sein. In den ländlichen Regionen ist der ÖPNV meist keine Option. Da hilft auch kein 49-Euro-Ticket, das das Pferd ein wenig von hinten aufzäumt. Wem nützt ein günstiges Ticket, wenn es

keine passenden Verkehrsverbindungen dazu gibt?

Ein Problem löst das neue Gesetz allerdings überhaupt nicht, und das ist die Digitalisierung. Seit Jahren fehlt es an praxistauglichen Programmen, die von der Beantragung über die Abrechnung bis hin zur Auszahlung das Gesetz in digitaler Form abbilden. Für mehr Akzeptanz und wirtschaftliches Verwaltungshandeln muss die Zettelwirtschaft aber dringend abgeschafft werden. Leider werden Gesetze noch immer nicht so beschlossen, dass sie in der Praxis einfach umzusetzen (zu digitalisieren) sind. Es stellt sich hier ganz klar die Frage, wie lange wir es uns noch leisten können, Nebengeschäfte zu unseren eigentlichen Dienstaufgaben mit einem nicht unerheblichen Personalaufwand zu betreiben.

Also erzählen kann sicher fast jeder von seinen Erfahrungen mit Dienstreisen. Ob die Erzählungen positiv ausfallen, hängt in diesem Fall nicht unerheblich von einem guten Gesetz und guter (digitaler) Umsetzung ab und in beiden Fällen ist aus meiner Sicht noch „Luft nach oben“. Gern nimmt der SBB Ihre Erzählungen (sprich Erfahrungen) zum neuen Reisekostenrecht unter post@sbb.dbb.de entgegen.

Karen Siwonio

Teamorientierte Zusammenarbeit – gemeinsam stark zum Erfolg

Teamarbeit ist ein wichtiger Aspekt in vielen Arbeitsumgebungen und auch in der gewerkschaftlichen Arbeit, denn sie kann zu effektiveren Ergebnissen führen. Doch die Arbeit im Team ist nicht immer einfach und kein Selbstläufer. An der Zusammenarbeit muss stetig gearbeitet werden.

So ist es nicht verwunderlich, dass das Seminar zur teamorientierten Zusammenarbeit mit Corinna Kriesemer, Kommunikationscoach der dbb akade-

mie, gut besucht war. Unsere Mitglieder aus verschiedenen Bereichen vom Rechnungshof und Justiz, über Finanzbeamte bis hin zu Lehrern haben im Se-

minar über den Tellerrand geschaut, im Team Aufgaben gelöst und sich unter Einsatz verschiedener Methoden das Thema erarbeitet.

Was ist also nötig für eine teamorientierte Zusammenarbeit?

Es gibt verschiedene Ansätze, um teamorientierte Zusammenarbeit zu fördern. Dazu zählen klare Kommunikation, gegenseitiges Vertrauen, gemeinsame Ziele und eine positive Arbeitsatmosphäre. Es ist

wichtig, dass jedes Teammitglied seine Stärken einbringt und dass Konflikte konstruktiv gelöst werden. Effektive Teamarbeit erfordert jedoch auch Zeit und Mühe. Um gemeinsam erfolgreich zu sein, ist es wichtig, dass alle Teammitglieder engagiert und motiviert sind. Gemeinsame Ziele gehören ebenfalls zur erfolgreichen Teamarbeit.

Schließlich verlangt erfolgreiche Kommunikation im Team kontinuierliche Arbeit. Denn sie ist eine Fähigkeit, die entwickelt und gepflegt werden muss, um ein effektives und harmonisches Team zu schaffen. Dabei ist es wichtig, die Teamarbeit regelmäßig zu reflektieren, auch wenn es noch keine Probleme gibt. Es gilt regelmäßig zu hinterfragen, ob alle Teammitglieder noch an den gleichen Zielen arbeiten und ob sie sich im Team noch gehört fühlen.

Durch regelmäßige Reflexionsprozesse können Teams ihre Arbeitsweise analysieren und Verbesserungspotenziale identi-



> Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer beim Seminar über teamorientierte Zusammenarbeit

fizieren. Dies kann in Form von Teamgesprächen, Feedback-Runden oder Retrospektiven erfolgen. Weitere Möglichkeiten der Teamentwicklung, die je nach den Bedürfnissen und Zielen des Teams eingesetzt werden können, sind unter anderem Teamcoaching, Teamprojekte oder Teamtrainings, um nur einige zu nennen.

Auch die Vielfalt im Team ist nicht zu unterschätzen. Unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Hintergründe bringen eine Vielzahl von Ideen und Lösungsansätzen mit sich.

Teams mit vielfältigen Mitgliedern haben oft eine größere Bandbreite an Fähigkeiten und Kompetenzen. Dies ermöglicht es dem Team, verschiedene Probleme aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und eine breitere Palette von Lösungen zu finden. Ein vielseitiges Team hat Einfluss auf die Flexibilität, trägt zu einer besseren Konfliktlösung und zur Entscheidungsfindung bei. Durch den Austausch unterschiedlicher Meinungen und Perspektiven können Teams bessere Entscheidungen treffen und Konflikte auf konstruktive

Weise lösen. Doch die Vielfalt im Team sollte nicht nur auf dem Papier existieren, sondern aktiv gefördert und unterstützt werden. Dies erfordert eine offene und inklusive Austauschkultur, in der alle Teammitglieder gleiche Chancen haben, gehört zu werden und ihre Fähigkeiten einzubringen.

Die teamorientierte Zusammenarbeit bleibt zwar weiterhin Arbeit, wird aber leichter mit dem Wissen um die Zusammensetzung eines funktionierenden Teams, die notwendigen gemeinsamen Ziele, um die richtige und regelmäßige Kommunikation sowie die Möglichkeiten der Teamentwicklung.

Eine Fortsetzung des Seminars ist für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Muss, denn so ein kurzweiliges, gelungenes Seminar, in welchem nie der rote Faden verloren ging, gibt es selten. Danke an den SBB für die Seminaridee und die Umsetzung. Weiter so!

Manja Kropp, DSTG Sachsen

Neues und modernes Personalvertretungsrecht in Sachsen?

Da ist noch Luft nach oben

Die Sächsische Regierung hat bereits 2019 in ihrem Koalitionsvertrag Folgendes vereinbart: „Wir werden Mitbestimmung und Beteiligung für die Beschäftigten weiter verbessern und dafür das Personalvertretungsgesetz unter Einbeziehung der Gewerkschaften, der Personalvertretungen und der kommunalen Ebene bis Ende 2021 weiterentwickeln.“

Jetzt hat das Sächsische Innenministerium (SMI) dem SBB den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes (SächsPersVG) zur Anhörung vorgelegt. Das ist dann wohl die versprochene „Einbeziehung der Gewerkschaften“. Sei's drum. Denn wenn man bedenkt, wie lange das Nachdenken um versprochene Verbesserungen ging, ist hier Großes zu erwarten.

Schauen wir uns den Entwurf also einmal genauer an:

Wesentliche Änderung Nummer 1: Personalräte können und dürfen sich demnächst auch digital beraten. Das hat sich in der Pandemie bewährt und wäre ohne eine Gesetzesänderung nicht (mehr) möglich gewesen. Auch Beschlüsse können auf digitalem Weg gefasst werden. Die Änderung begrüßen wir natürlich.

Interessant aber an dieser Stelle: Dass das Gesetz nun, so kurz vor der nächsten Landtagswahl, überhaupt angefasst wurde, ist wohl letztlich dieser notwendigen Neuregelung zu verdanken.

Neu im Gesetzentwurf ist auch, dass die Jugend- und Auszubildendenvertretungen zukünftig jeweils für 2,5 Jahre gewählt werden sollen und damit nun bei jeder zweiten

Wahl mit dem regulären Wahltermin zusammenfallen. Das ist eine große Vereinfachung für die Wahlvorstände. Zudem ist es eine gute Möglichkeit, erfahrene und engagierte Jugendvertreter „nahtlos“ für ordentliche Personalräte aufzustellen, weshalb wir auch diesen Vorschlag gut finden.

Einige Ansinnen des Gesetzesentwurfes können wir aber gar nicht nachvollziehen.

Hier muss insbesondere die geplante Abschaffung des Gruppenprinzips bei der Bildung der Vorstände von Personalräten kritisiert werden. In Behörden oder Betrieben, in denen beide Beschäftigtengruppen zahlenmäßig sehr unterschiedlich vertreten sind, würde die kleinere Beschäftigtengruppe, also entweder Beamte oder Arbeitnehmer, damit nicht mehr per

Gesetz im Vorstand vertreten sein. Sie müsste sich vielmehr bei einer Wahl im Gesamtgremium gegen die Mehrheit der anderen Gruppe durchsetzen. Es kann und darf aus unserer Sicht nicht Wille des Gesetzgebers sein, dass das für eine ausgewogene Arbeit der Personalvertretung essenzielle Gruppenprinzip ausgehebelt, ja ausgerechnet für die Vorstandsarbeit abgeschafft wird.

Und nicht zuletzt müssen wir bemängeln, dass der Gesetzesentwurf in der Zielsetzung, zukunfts-fähig und modern sein zu wollen, noch viel Luft nach oben lässt.

Die von vielen Personalvertretungen erhoffte deutliche



Klar ist doch: Personalräte sind manchmal eine Herausforderung, engagierte Personalräte aber immer ein Gewinn. Gemeinsam um Lösungen zu ringen, gemeinsam zu gestalten bedeutet auch, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Wer in Personalräten immer nur Verhinderer sieht, der hat das einfach noch nicht verstanden und der wird es auch nicht verstehen. Da hilft das beste oder auch das schlechteste Gesetz rein gar nichts.

Ausweitung der Beteiligungsrechte blieb ebenso aus, wie die notwendige Erhöhung der Freistellungsstaffeln für die engagierten Mitglieder der Gremien. Weitere wichtige Themen bleiben komplett unerwähnt.

Bereits auf unserem 8. Gewerkschaftstag habe ich formuliert, dass es mir unverständlich ist, wieso man sich über Mitbestimmung, Mitgestaltung, gemeinsame Gesprächsoptionen und deren Regularien so lange streiten muss.

Die ausführliche Stellungnahme zum Entwurf eines fünften Gesetzes zur Änderung des SächsPersVG könnt ihr auf unserer Website nachlesen.

*Nannette Seidler,
Landesvorsitzende*

> Tag der Sachsen

WIR beim Tag der Sachsen in Aue-Bad Schlema

Vom 1. bis 3. September lädt Aue-Bad Schlema ein, den 29. „Tag der Sachsen“ unter dem Motto „Herzlich willkommen im Schacht!“ zu feiern.



Wir freuen uns auf die besondere erzgebirgische Gastfreundschaft. Der „Tag der Sachsen“ im Erzgebirge wird zeigen, wie man Tradition und Moderne miteinander vereinbart, Zusammenhalt lebt und gemeinsam feiert. Für Aue-Bad Schlema ist es ein besonderes Jahr, denn die Stadt begeht gleichzeitig das 850-jährige Stadtjubiläum.

Wir sind wieder mit dabei. Kommt uns besuchen. Unser Zelt ist am Freitag ab 15 Uhr bis Samstagabend geöffnet.

Wir stehen für euch auf der Goethestraße neben der Staatskanzlei in der Nähe vom Carolateich. Also kommt vorbei.

SBB Jugend

Wirkung kommt von WIR. Gemeinsam mehr erreichen.

Am 13. November 2023 findet im Kloster Nimbschen in Grimma bei Leipzig mit Neuwahlen der Landesjugendtag der SBB Jugend unter dem Motto „Wirkung kommt von WIR.“ statt.

Der Landesjugendtag ist das höchste Gremium der SBB Jugend. Auf der Tagesordnung steht neben dem Geschäftsbericht über die Jugendarbeit der letzten fünf Jahre und den Antragsberatungen auch die Wahl einer neuen Landesjugendleitung.

Anträge an den Landesjugendtag können bis 3. September 2023 an Jugend@sbb.dbb.de geschickt werden.

Die SBB Jugend ist die Jugendorganisation des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen. Ob Tarifbeschäftigte oder Beamte:

Alle im Alter zwischen 16 und 30 Jahren sind bei der SBB Jugend bestens aufge-

hoben und aufgerufen mitzumachen. Denn gemeinsam können wir mehr erreichen. Die SBB Jugend ist auch Mitglied der dbb jugend (bund).

Wirkung kommt von WIR. Denn

WIR machen den Staat von morgen.

Machst du mit? Dann sende deine Kontaktdaten oder gleich deine „Bewerbung“ bitte an jugend@sbb.dbb.de



Wandertag mit der SBB Jugend

Endlich Sommer, endlich wieder mit Freunden treffen: Was lag also näher, als mit der SBB Jugend am 3. Juni 2023 gemeinsam wandern zu gehen. Genau genommen braucht es dazu nur drei Dinge: eine tolle Landschaft direkt vor der Haustür, engagierte Unterstützer und natürlich neugierige und wanderlustige junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Ersteres war mit der Sächsischen Schweiz schnell abgehakt und auch der morgendliche Treffpunkt Pirna schnell gefunden. Die Suche nach einer geeigneten Route führte Richtung Teufelsgrund bei Wehlen.

Auch Helfer und Unterstützer für die Vorbereitung und Durchführung mussten nicht lange gesucht werden. Die #SBBFamilie hält eben zusammen. Neben der SBB Landesvorsitzenden Nannette konnten wir als Ortskundige Verpflegungsbeauftragte Manja von der DSTG als Teilnehmerin gewinnen. Rolf vom BDF begleitete uns als ausgewiesener Waldfachmann auf der Tour. Er wusste viel Wissenswertes über den Zustand des Waldes und des Naturschutzgebietes zu sagen und sorgte mit seinem vierbeinigen Begleiter auch für den kleinsten Wanderer in der Runde. Ebenfalls dabei waren Henry und Basti von unserem Partner SLS.



Das Wichtigste zum Schluss: Gemeinsam mit 15 jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus sechs Fachgewerkschaften (BSBD, VSR, DSTG, BTB, SLV, GdS) konnten wir uns auf den – gar nicht so anstrengenden – Weg machen.

Gesprächsstoff zwischen den Wandersleuten gab es schnell und jede Menge. Da ging es, neben bewundernden Ausrufen zu der tollen Landschaft, ganz oft um gewerkschaftliche Themen. Was macht ihr eigentlich so in der Jugend? Was für Veranstaltungen könnt ihr

euch vorstellen? Was für Themen und Fragen gibt es aktuell? Und was ginge gemeinsam mit der SBB Jugend?

Henry und Sebastian konnten viele Fragen „auch über den Tellerrand hinweg“ beantworten, ihre Erfahrungen einbringen und Unterstützung anbieten.

gen der Jugendlichen, in der Ausbildung, der Jugend- und Auszubildendenvertretung, vor allem aber in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sind einerseits zwar sehr unterschiedlich, andererseits am Ende aber doch ziemlich ähnlich.

So standen Vernetzen und Kennenlernen ganz oben auf der Ergebnisliste des Tages ebenso wie der übereinstimmende Wunsch, so etwas unbedingt zu wiederholen.

Danke allen, die dabei waren für den gelungenen Tag! Ich bin überzeugt, das läuft mit der Jugend in der #SBBFamilie.

Deshalb: Unbedingt den 13. November vormerken. Da ist Landesjugendtag in



Insgesamt war es wirklich interessant, so viele Erfahrungen aus so verschiedenen Bereichen unseres öffentlichen Dienstes zu hören. Die Wege und Erfahrun-

Grimma – mit Nachwahlen. Ihr wisst ja: Gemeinsam können wir einfach mehr erreichen.

Johannes Seidler, SBB Jugend

SBB Senioren

Seniorentag im November

Hiermit berufen die SBB Senioren den 3. Seniorentag ein. Der Seniorentag findet am 23. November 2023 im Penck Hotel, Ostra Allee 33, 01067 Dresden statt.

Der Seniorentag setzt sich zusammen aus den Mitgliedern

der Hauptversammlung und dem aus deren Mitte gewähl-

ten Vorstand. Seine Aufgabe ist es, Grundsätze der Seniorenarbeit für die nächsten fünf Jahre zu beschließen sowie einen neuen Vorstand zu wählen. Unter dem Motto „Wirkung kommt von WIR – Gemeinsam mehr erreichen“

werden neue Weichen für die zukünftige Seniorenarbeit gestellt.

Anträge an den Seniorentag bitten wir bis zum 1. September 2023 an senioren@sbb.de zu übersenden. ■



komba gewerkschaft sachsen-anhalt

Neues Landespersonalvertretungsgesetz in Sicht?

© Mohamed Hassan/Pixabay

Vertreter der komba gewerkschaft sachsen-anhalt, des dbb Landesbundes und weiterer dbb Fachgewerkschaften haben im Mai dieses Jahres Fragen zum Landespersonalvertretungsgesetz mit der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt erörtert.

Schnell einig waren sich die Gesprächsteilnehmer über den Themenschwerpunkt „Digitalisierung“, nachdem das Mitglied des Innenausschusses, Rüdiger Erben (SPD), zuvor Entwicklungen erfragt hatte, die für Personalräte und Gewerkschaften seit der letzten Gesetzesänderung 2019 besonders bedeutungsvoll sind.

Was während der Coronapandemie möglich war, sei oftmals wieder zurückgefahren worden, kritisierten die Gewerkschaftsvertreter den Umgang mit Videokonferenzen. Konkret sprachen sie sich für ein gesetzlich verbrieftes Recht zu digitalen Personalratssitzungen und zur Nutzung digitaler Bearbeitungssysteme für den Schriftverkehr zwischen Dienststellenleitung, Mitarbeitenden und Personalräten aus. Die Vertreter der komba gewerkschaft wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die digitalen Möglichkeiten nur eine Option des Personalrats bleiben müssten, da auch im Homeoffice Verschwiegenheit und Nichtöffentlichkeit von Personalratsvorgängen sichergestellt sein müssen.



> Landtagsabgeordneter Rüdiger Erben, Vorsitzende Bettina Fügemann und Referent Jan Bannert (von links)

„Bei Homeoffice-Quoten von 30 und mehr Prozent erwarten wir, dass den Gewerkschaften das Recht zur Nutzung des dienststelleninternen Intranets zur digitalen Kontaktaufnahme

mit den Beschäftigten zugestanden wird“, forderte die Vorsitzende der komba gewerkschaft sachsen-anhalt, Bettina Fügemann, darüber hinaus.

Von den Gewerkschaftsvertretern wurde ferner eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalrat auch bei Digitalisierungsvorhaben angemahnt. Oft erhielten Personalräte erst am Ende der Planungen Informationen über beabsichtigte Verwaltungsmodernisierungen – und das meist so technisch kompliziert, dass selbst die zuständigen Abteilungsverantwortlichen datenschutzrechtliche Fallstricke nicht immer erläutern könnten. Angeregt wurde deshalb, Personalräte frühzeitig in die Arbeitsgruppen mit einzubeziehen. Nur so könne am Ende ein reibungsloses Beteiligungsverfahren sichergestellt werden.

Schließlich forderten die Gewerkschafter eine zwingende Verpflichtung der Dienststelle zur Nachzeichnung des beruflichen Werdegangs von jedem freigestellten Personalratsmitglied während der Freistellungsphase. Dieser Punkt müsse im Rahmen eines Anhörungsverfahrens aufgegriffen werden.

Abschließend unterstrichen die komba Landesvorsitzenden Bettina Fügemann und Referent Jan Bannert bei dem Meinungsaustausch ihren festen Willen, die Anliegen der Personalräte auch im Landtag Sachsen-Anhalt fachlich zu vertreten. ■

Neueinstellung

komba gewerkschaft sachsen-anhalt bekommt Verstärkung

Die Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst (komba) sachsen anhalt hat seit 1. Mai 2023 einen neuen Referenten.

„Unter zahlreichen Bewerbungen haben wir uns für Jan Bannert entschieden und freuen uns, mit ihm einen erfahrenen und versierten Mitarbeiter gefunden zu haben“, sagte Bettina Fügemann, Vorsitzende der komba gewerkschaft sachsen-anhalt.

„Ausschlaggebend für die Einstellung waren nicht nur Ban-

nernts Verbandskenntnisse und seine langjährige Schulungstätigkeit bei Mitarbeitendenvertretungen, Personal- und Betriebsräten, sondern auch seine offene Kommunikation“, so Fügemann weiter.

Bannert wird hauptsächlich administrative Aufgaben übernehmen, die in dem wachsenden Landesverband immer



> Jan Bannert, Referent der komba gewerkschaft sachsen-anhalt

größere Bedeutung haben. Ferner wird er die Mitglieder der komba gewerkschaft sachsen-anhalt bei Fragen des Arbeits- und Tarifrrechts unterstützen.

Entlastet wird durch die Mitarbeit Bannerts vor allem der komba Landesvorstand bei seiner wichtigen Basisarbeit – getreu dem Motto: „Nähe ist unsere Stärke!“

Gewerkschaft der Sozialversicherung

Arbeitgeber haben Attraktivitätssteigerung verpasst

Die Arbeitgeber der AOK, der IKK, der Deutschen Rentenversicherung (DRV) sowie der Unfallversicherungsträger haben es verpasst, die Sozialversicherungsberufe attraktiver zu gestalten. Das hat der Landesvorsitzende Maik Wagner bei der 7. Mitgliederkonferenz der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Sachsen-Anhalt am 10. März in Halberstadt kritisiert.

„Die Arbeitgeber setzen bei der Nachwuchsgewinnung immer noch auf eine vermeintliche Arbeitsplatzsicherheit, die in Zeiten des Fachkräftemangels mittlerweile in jedem Job zu finden ist. Das reicht bei Weitem nicht aus“, führte Wagner, der auch Bundesvorsitzender der GdS ist, aus.

Vor den über 120 Konferenzteilnehmern verwies Wagner

in diesem Zusammenhang insbesondere auf bedrohliche Entwicklungen bei der AOK Nordost. Hier sind die Mitarbeiter seit geraumer Zeit von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt: „Und das in Zeiten von einer zweistelligen Inflationsrate und einer enormen Kostensteigerung in der Energieversorgung“, kritisierte Wagner



> Ulrich Mohr, stellvertretender Direktor der Europavertretung der deutschen Sozialversicherung in Brüssel

und rief zu einer Solidaritätskundgebung für die Mitarbeiter der AOK Nordost am 22. März 2023 vor der AOK in Berlin auf.

Europäische Kommunikation

Der stellvertretende Direktor der Europavertretung der deut-

schen Sozialversicherung in Brüssel, Ulrich Mohr, informierte die Teilnehmer im weiteren Verlauf der Mitgliederkonferenz über die neuesten Entwicklungen in der Sozialversicherung. Unter anderem erläuterte Mohr die europäische Kommunikation und den Datenaustausch, der über das europäische Verbundnetz in der Sozialversicherung EESSI zustande kommen soll. Auch der europäische Sozialversicherungspass ESPASS soll im europäischen Datenraum EHDS gespeichert werden.



> Claudia Bidder, GdS-Bildungsreferentin

Zur Entwicklung der deutschen Sozialversicherung führte Mohr aus, dass diese maßgeblich davon abhängig sei, ob die Ausgaben der Sozialversicherungsträger ein Maastricht-Kriterium werden oder nicht. Wenn ja, würde die Sozialversicherung fak-

tisch in den Kompetenzbereich des Bundesfinanzministeriums fallen.

> Widersprüche beim Personal-Recruiting

Am zweiten Tag der Konferenz informierte Thilo Knade, Ver-

waltungsratsmitglied bei der AOK Sachsen-Anhalt, die Tagungsteilnehmer über die neuesten Entwicklungen bei der DRV Mitteldeutschland. So gebe es Widersprüche im Hause der DRV beim Personal-Recruiting, insbesondere im Jugendbereich, und eine dro-

hende Schiefelage der haus-eigenen Rehaklinik in Göhren. Als Vorsitzender des Gesamtpersonalrates vertritt Knade im Verwaltungsrat die gewerkschaftspolitischen Positionen der GdS.

> Seminare und Freistellungsmöglichkeiten

Abschließend stellte GdS-Bildungsreferentin Claudia Bidder, die eigens aus der GdS-Bundesgeschäftsstelle in Bonn angereist war, den Teilnehmern die GdS-Seminarangebote einschließlich der damit verbundenen Freistellungsmöglichkeiten vor. Zudem erläuterte sie die Möglichkeiten zur Mitwirkung in Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen und zur Tätigkeit als ehrenamtliche Richter in der Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit. ■

Bund Deutscher Forstleute

Forstverwaltung ist spürbar verjüngt

Die Forstverwaltung ist in eine Verjüngungsphase eingetreten: „Viele neue junge Gesichter sind aufgetaucht und bereichern den Arbeitsalltag der Kolleginnen und Kollegen“, freut sich Thomas Roßbach, amtierender Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BdF) Sachsen-Anhalt.

„Wer in den letzten Wochen an Veranstaltungen des Zusammenschlusses von Waldbesitzern, Forstleuten, Wissenschaftlern und Waldinteressierten (ANW), des Landesforstbetriebes Sachsen-Anhalt (LFB) oder des Landeszentrums Wald Sachsen-Anhalt (LZW) teilgenommen hat, konnte sich mit eigenen Augen davon überzeugen“, so Roßbach weiter.

> Personelle Lücken schließen

Besonders hervorgehoben wurde vom amtierenden Landesvorsitzenden in diesem Zusammenhang das positive

Abschneiden des ersten dualen Studienjahrgangs, dessen Teilnehmer jetzt ihren Dienst aufgenommen haben: Alle Teilnehmer haben – sehr zur Freude des BDF-Landesvorstandes – erfolgreich ihr Studium absolviert und direkt im Anschluss eine Stelle erhalten. Die neuen Kolleginnen und Kollegen stünden jetzt vor spannenden, aber auch arbeitsintensiven Herausforderungen. Roßbach wertete die Bereitschaft der Landesregierung zur Übernahme von gut ausgebildeten Fachkräften auch als gutes Zeichen für die nachfolgenden Jahrgänge. Nur so könnten personelle Lücken geschlossen werden.

Ende Mai 2023 sind außerdem die Referendare, die ihren Vorbereitungsdienst beendet haben, in den Dienst gestartet. Als Führungskräfte werden sie in den nächsten Jahrzehnten die Entwicklungen des Waldes und der Forstwirtschaft maßgeblich beeinflussen sowie Forstbetriebe und Forstverwaltung federführend vorantreiben.

Auch der nächste forstliche Nachwuchs steht bereits in den Startlöchern. Bewerbungsaufträge für das duale Studium, den Anwärterdienst und das Referendariat hatte es dazu im Frühjahr 2023 auf den gängi-

gen Ausschreibungsplattformen gegeben.

> Schwierigkeiten bei der Ausbildung

Roßbach räumte allerdings auch Schwierigkeiten bei der Ausbildung ein. Bei den aktuellen Reviergrößen stelle jede Ausbildung eine schwer zu bewältigende Extraaufgabe dar. Das betreffe auch Forstbetriebsleiter und Forstamtsleiter. Der BDF fordert deshalb eine Entlastung der Ausbilderinnen und Ausbilder sowie einen finanziellen Ausgleich für ihre Mehrarbeit. „Die zugesagten Höhergruppierungen sind bis heute nicht vollzogen worden. Dementsprechend regt sich verständlicherweise mehr und mehr Widerstand bei den Ausbilderinnen und Ausbildern. Diese Entwicklung betrachten wir

mit großer Sorge. Hier gilt es, schnellstmöglich zu handeln“, betont Roßbach. Die mittelbare und unmittelbare Landesverwaltung brauche die Fachkräfte. Eine Erhöhung der Ausbildungsplätze würde zudem auch die Kommunen, die Ämter für Landwirtschaft, Flurneueordnung und Forsten sowie weitere forstliche Behörden

stärken. Hier dürfe nicht am falschen Ende gespart werden.

■ Bei der Eingruppierung nachsteuern

Probleme bereitet auch die Abwanderung gut ausgebildeten Personals zu anderen Arbeitgebern. Die Landesregierung ist deshalb dringend aufgerufen,

bei der Eingruppierung nachzusteuern. In Sachsen-Anhalt werden derzeit Anwärter nach E 9b oder A 9 eingruppiert. Der BDF fordert stattdessen eine Eingruppierung, die der der Landwirte in der Landesverwaltung entspricht. Oberstes Ziel müsse es sein, gut ausgebildete Fachkräfte im eigenen Land zu halten.

■ Fortbildungs- und Karriere-möglichkeiten schaffen

Für die Beschäftigten, die in den letzten Jahren ohne Laufbahnvorbereitung eingestellt wurden, will der BDF schließlich Fortbildungs- und Karriere-möglichkeiten erreichen, um „zwei Klassen“ in einer Verwaltung zu verhindern. ■

dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

Vorbereitungen für den Gewerkschaftstag

Der Vorstand der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt hat am 17. Juni 2023 die Frauenvertretungen der Mitgliedsgewerkschaft zur Hauptversammlung nach Magdeburg eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Vorbereitung des 8. Gewerkschaftstages der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt im Oktober 2023.

Der öffentliche Dienst könne es sich nicht leisten, dass kluge Köpfe durch Gewaltvorfälle von einem Eintritt in die öffentliche Verwaltung abgeschreckt werden



© dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

► Teilnehmerinnen der Hauptversammlung der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt am 17. Juni 2023. Ulrich Stock (Bildmitte), dbb Landesvorsitzender, rechts daneben Michaela Neersen, Vorsitzende der dbb frauenvertretung

Weitere Anträge können die Frauenvertretungen der dbb Mitgliedsgewerkschaften noch bis zum 31. August 2023 einreichen.

Schon jetzt waren sich die Teilnehmerinnen der Hauptversammlung darüber einig, dass in dieser Legislaturperiode endlich ein modernes Gleichstellungsgesetz für Sachsen-Anhalt kommen und die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes mit entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten für alle Bediensteten flankiert sein muss.

Diskutiert wurden vor allem wichtige organisatorische Belange und inhaltliche Schwerpunkte des Gewerkschaftstages wie die Besetzung der Gremien und die Beratung der bisher vorliegenden Anträge.

Einmal mehr wurde an diesem Tag deutlich, dass eine effektive Vertretung der Fraueninteressen innerhalb des dbb und gegenüber der Politik die Arbeit der Kolleginnen aus den Fachgewerkschaften braucht.

„Die Bewältigung der Probleme, mit denen die unterschiedlichen Berufsgruppen wie Lehrerinnen, Verwaltungs- und Steuerfachfrauen konfrontiert sind, steht für uns als Vorstand im Vordergrund“, betont auch die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung Sachsen-Anhalt, Michaela Neersen.

Auch die Thematik der frauenpolitischen Fachtagung des dbb, „Hinsehen, Einschreiten, Vorbeugen – Null Toleranz bei

sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing“, wird in einem Antrag an den Landesgewerkschaftstag aufgegriffen. Dazu Neersen: „Sexuelle Belästigung, Gewalt und Mobbing gegen öffentlich Bedienstete dürfen nicht hingenommen, sondern müssen aktiv bekämpft werden. Die Arbeitgeber sind hier in der Pflicht, die schon bestehenden gesetzlichen Regelungen aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umzusetzen.“

Zu Beginn der Veranstaltung konnte Michaela Neersen den im Oktober vergangenen Jahres gewählten Landesvorsitzenden des dbb sachsen-anhalt, Ulrich Stock, begrüßen. Stock informierte die Teilnehmerinnen insbesondere über die Tarifverhandlungen 2023 für Bund und Kommunen. Ferner gab er einen Ausblick auf die im Herbst 2023 anstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. ■

Beamtenbesoldung steigt rückwirkend um 3,25 Prozent

Der Thüringer Landtag hat das Thüringer Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation im Jahr 2023 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Drs. 7/7122) am 2. Juni 2023 einstimmig (bei Enthaltung der AfD) verabschiedet.



Das Gesetz beinhaltet eine lineare Erhöhung der Grundgehälter, Anwärterbezüge, Versorgungsbezüge sowie der Stellenzulagen um 3,25 Prozent ab Januar 2023.

Erhöhte Familienzuschläge

Gleichzeitig steigt rückwirkend zum 1. Januar 2023 der Monatsbetrag des Familienzuschlags um ebenfalls 3,25 Prozent. Für den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 erhöht sich der Monatsbetrag des Familienzuschlags für das dritte berücksichtigungsfähige Kind um

58 Euro und für das vierte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 67 Euro (der Erhöhungsbetrag gilt als Familienzuschlag). Mit den Julibezügen ist die Nachzahlung für den Zeitraum ab Januar erfolgt.

Das Gesetz ist mit seiner Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen Ausgabe 9/2023 vom 29. Juni 2023 in Kraft getreten.

Steuerfreie monatliche Sonderzahlung

Beamte mit Anspruch auf Dienstbezüge erhalten darüber

hinaus zum Ausgleich für die gestiegenen Verbraucherpreise von Januar bis Dezember 2023 eine monatliche, steuerfreie Sonderzahlung, deren Höhe vom Familienstand abhängig ist, mindestens aber 83,33 Euro (unverheiratet, keine Kinder) beträgt. Dies entspricht einem Jahresbetrag von knapp 1 000 Euro. Nur Beamte mit Anspruch auf Familienzuschlag der Stufen 1 und 2 sowie mit zwei Kindern kommen auf einen Jahresbetrag von knapp 3 000 Euro.

Auch Empfänger von Ruhegehalt erhalten zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucher-

preise eine nach Familienstand gestaffelte monatliche Sonderzahlung. Mindestens werden 50 Euro gewährt. Allein Anwärter sind von der Ausgleichsregelung ausgenommen.

Anrechnung bei Übertragung von Tarifiergebnissen

Die vorbenannten Zahlungen sollen auf künftige Übertragungen von Tarifiergebnissen auf die Beamtenbesoldung angerechnet werden, vorausgesetzt, eine verfassungsgemäße Alimentation bleibt gewahrt.

Fazit

Der tbb und seine Fachgewerkschaften sind sehr stolz auf ihre unermüdliche Arbeit zur Durchsetzung einer amtsangemessenen Alimentation in Thüringen. Dieser seit Jahren auch durch unsere Klagen unterstützte Kampf hat maßgeblich zu dem jetzt verabschiedeten Gesetz beigetragen. Unser Dank gilt aber auch der Finanzministerin Heike Taubert und den Abgeordneten im Thüringer Landtag, die für dieses Gesetz gestimmt haben. Ein besonderer Dank gebührt den Abgeordneten der Fraktion der CDU, die sich nach unserem Kenntnisstand dafür eingesetzt haben, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause im Landtag behandelt wurde.

Kommunikationsseminar

Weselsky: „Aktivieren und mit dabei sein“

Kommunikationstraining und Mitgliedergewinnung standen im Mittelpunkt eines Mitgliederseminars, das der tbb beamtenbund und tarifunion zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften am 23. Juni 2023 in Erfurt durchgeführt hat.

Was „Aktivieren statt diskutieren – Botschaften klar formu-

lieren – Menschen für eine Sache begeistern“ ganz konkret

heißt, wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung vom GDL-Bundesvorsitzenden Claus Weselsky verdeutlicht:

Wichtigster Aspekt der Mitgliedergewinnung und auch der Mitgliederbindung, führte Weselsky aus, seien der Stolz

auf den eigenen Beruf und der solidarische Beistand für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort – an der Stelle, an der der Dienstherr beziehungsweise der Arbeitgeber versagt. Eine große Gemeinschaft von Gewerkschaften könne Dinge bewegen und Forderungen durchsetzen.

Weselsky würdigte, dass sich viele Gewerkschaftsmitglieder aktiv für die Interessen der Beschäftigten einsetzen und auf ehrenamtlicher Basis bereit seien, ein Stück Freizeit dem Verbandsleben zu opfern. Mitglieder von Gewerkschaften zeigten Haltung und seien aktiv bei der Sache. Dabei spiele der Wunsch nach stärkerer Durchsetzungskraft eine große Rolle.

Eine funktionierende Kommunikation in der Gewerkschaft, so Weselsky, Sorge dafür, dass erfolgreiche Aktionen und Veranstaltungen auch wahrgenommen werden und viele Menschen den Vorteil einer Mitgliedschaft für sich erkennen. Vor allem überzeuge die direkte Ansprache vor Ort.

Mitglied in einer Fachgewerkschaft zu sein, führte Weselsky weiter aus, beinhaltet auch spezielle Vorteile. Neben dem

beruflichen Rechtsschutz des dbb bund bietet das dbb vorgewerk rabattierte Einkaufsportale aus den Bereichen Einkauf, Reisen, Auto, Versicherungen, Strom und Co.

▣ Mitgliederzuwächse bei DSTG und tlv

Über eine erfolgreiche Mitgliederwerbung konnten Nicole Siebert (DSTG-Landesvorsitzende) und Tim Reukauf (tlv thüringer Lehrerverband) berichten. Wo sind meine Mitglieder? Wie spreche ich meine Mitglieder an? Was ist mein Ziel? Diese Fragen sollte sich jede Gewerkschaft stellen.

Zielgruppenorientiert ist auch die Ansprache der unterstützenden Partner SwissLifeSelect, BBBank, Debeka und DBV. Auch dank ihres Portfolios ist eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ein echter Mehrwert. ▣



> GDL-Bundesvorsitzender Claus Weselsky und tbb Landesvorsitzender Frank Schönborn

Landesseniorenhauptversammlung in Erfurt

Die tbb seniorenvertretung hat am 1. Juni 2023 ihre diesjährige Landesseniorenhauptversammlung durchgeführt.



© Regina Biertümpfel/tbb Landesseniorenvertretung (2)



> Jan Oliver Krzywanek

Die Landesseniorenvorsitzende Regina Biertümpfel hob in ihrem Bericht über die Arbeit des Seniorenvorstandes seit der Neuwahl im Herbst 2022 die Unterstützung des Warnstreiks im März 2023 in Gera hervor und kündigte eine mögliche Besoldungserhöhung beziehungsweise Versorgungsanpassung zur Wiederherstellung der amtsangemessenen Alimentation an.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte Jan

Oliver Krzywanek vom dbb bund in einem Kurzvortrag über Leistungen der Pflegeversicherung und aktuelle Reformvorhaben.

Den Abschluss der Landeshauptversammlung bildete eine kleine Verkostung von Weinen, die von der Erfurter „Weinzunft 2002“ am Petersberg in Erfurt angeboten werden. tbb Vorstandsmitglied Detlev Wagner führte dabei gekonnt durch die Geschichte des Anbaus und der Kelterung der Erfurter Weine. ▣

8. Landesverbandstag der DSTG Thüringen

Frauenpower mit Visionen – Nicole Siebert zur neuen Vorsitzenden der DSTG Thüringen gewählt

Die stellvertretende Landesvorsitzende des thüringer beamtenbundes (tbb), Nicole Siebert, wurde vom 8. Landesverbandstag ihrer Fachgewerkschaft DSTG Thüringen mit 31 von 33 Stimmen zur Vorsitzenden gewählt.

Sie übernimmt das Amt des bisherigen Landesvorsitzenden Bernd Fricke, der nicht wieder kandidierte. Der DSTG-Bundesvorsitzende Florian Köbler zählte zu den ersten Gratulanten. Er übermittelte namens der DSTG-Bundesleitung und des DSTG-Bundesvorstandes herzliche Glückwünsche und sicherte beste und konstruktive Zusammenarbeit zu. Köbler wörtlich: „Die DSTG-Familie ist stolz darauf, einer so engagierten und kompetenten Vorsitzenden zum neuen Amt gratulieren zu können.“ Und weiter: „Wir aus deiner gewerkschaftlichen Heimat – der großen Fachgewerkschaft DSTG – wünschen dir von Herzen alles Gute sowie viel Erfolg bei deiner wichtigen Arbeit und den anstehenden Herausforderungen.“

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Doreen Trautmann, Susanna Herrmann,

Uwe Herzog und Christoph Kilb mit großer Mehrheit gewählt.

Mit den Forderungen nach ausreichender Personalausstattung der Finanzverwaltung, Verbesserung der technischen und digitalen Möglichkeiten, erhöhten Beförderungsmöglichkeiten, Verbesserung der Aufstiege zur nächsten Laufbahn, Reform des Beihilferechts und bedarfsgerechter

Fortbildung hat sich die neue DSTG-Landesleitung große Ziele gesetzt.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft vertritt als Fachgewerkschaft auf Landesebene die Bediensteten der Finanzverwaltung, des Landesamtes für Finanzen, des Finanzministeriums und des Rechenzentrums. Der Landesverbandstag ist das höchste Organ der Fachge-



> Nicole Siebert

werkschaft in Thüringen. Aus allen Bereichen der Finanzverwaltung Thüringens waren mehr als 50 Delegierte/Gastdelegierte anwesend, um die Landesleitung und den Landesvorstand der DSTG Thüringen neu zu wählen sowie über die Ziele und Aufgaben der DSTG Thüringen in den kommenden fünf Jahren zu beschließen.

Das Motto des 8. Landesverbandstages der DSTG Thüringen in Weimar lautete: „Steuergerechtigkeit und Mitarbeiterzufriedenheit – wir wissen, wie das geht“



> Nicole Siebert und ihre vier Stellvertreter, Doreen Trautmann (OV TFM), Uwe Herzog (OV TLF), Susanna Herrmann (OV FA Gotha) und Christoph Kilb (OV FA Altenburg). Entsprechend einer neu beschlossenen Satzungsänderung gehört nun auch Christopher Förster (OV FA Gera) als gewählter Landesjugendleiter originär der Landesleitung an.

tbb frauenvertretung

Dritter Gleichstellungsbericht veröffentlicht

Der Dritte Thüringer Gleichstellungsbericht nach § 14 Thüringer Gleichstellungsgesetz (ThürGleichG) ist jetzt veröffentlicht worden.

Im Vorfeld der Novellierung hatte sich die tbb frauenvertretung mit Vorschlägen

und Lösungen aktiv eingebracht, unter anderem im Gespräch mit der Gleichstel-

lungsbeauftragte Gabi Ohler. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der Vereinbar-



> Büro der Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann in Thüringen: Kerstin Knauer, Gabi Ohler, Doreen Trautmann (von links)

keit von Familie und Beruf, der Vergabe von Führungspositionen an Teilzeitschäftige, des Wiedereinstiegs nach der Elternzeit, der Unterstützung bei Karriereplanung und bei barrierefreier Digitalisierung. Fortschritte auf diesen Gebieten nutzen auch männlichen Beschäftigten, was oft übersehen wird.

Die Herstellung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nach Feststellung der tbb frauenvertretung immer noch keine Selbstverständlichkeit, obgleich sie Querschnittsthema der Politik sein sollte – und zwar überall. Dazu gehört auf politischer

Ebene auch der Gestaltungswille, die Rahmenbedingungen für das neue Gesetz zu verabschieden.

Wichtigstes Ziel sei, dass das neue Gesetz für uns Frauenvertretungen umsetzbar ist und auch bleibt, so die tbb frauenvertretung. Wir wollen gemeinsam in eine Zukunft blicken, in der Männer und Frauen die gleichen Karrierechancen haben, sich in der Familie engagieren und in der Politik sowie im Ehrenamt gewinnbringend engagieren können. Eine nachhaltige Gleichstellungspolitik muss deshalb die Lebensbedingungen von Frauen in allen Lebenslagen abbilden. ■



© Cerd Altmann/Pixabay

5. Forum Inklusion und Teilhabe

Wir brauchen jeden Einzelnen

Am 24. und 25. April 2023 fand in Berlin das 5. Forum Inklusion und Teilhabe unter dem Motto „Inklusiver Arbeitsmarkt: Pandemie als Katalysator?“ statt. Die ursprünglich für 2020 geplante Veranstaltung musste aufgrund der Coronapandemie verschoben werden.

Zu Beginn kritisierte Prof. Franz Josef Düwel, dass die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten weiter sinkt. Er forderte Sanktionen für Inklusionsverweigerer und eine gesetzliche Verpflichtung zum Job-Carving und zur individuellen Anpassung von Arbeitsplätzen. Auch Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) sollte „verbindlicher“ werden und „als positives Leistungsbild“ wahrgenommen werden.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Belange von Menschen mit Behinderung, Jürgen Dusel, betonte in seinen Ausführungen die Notwendigkeit, Barrieren zu brechen: „Wir brauchen jede und jeden Einzelnen“, betonte Dusel.

Der Vorsitzende Richter am Bayerischen Landessozialgericht, Stephan Rittweger, stell-

te aktuelle sozialgerichtliche Urteile vor. So beurteilte der EuGH den Begriff der Behinderung personen- wie auch arbeitsplatzbezogen. Die Konsequenz sei, dass an Arbeitsbeziehungsweise Dienstgebende höhere Erwartungen gestellt werden, Menschen mit Behinderung im Arbeitsverhältnis zu halten.

Die Fachanwältin für Sozialrecht, Marianne Schörning, hielt einen Vortrag über Heilungsbewährung und Schwerbehinderungsfeststellung. Es werde oft bei der Heilungsbewährung übersehen, betonte die Referentin, dass bei Behandlungen Erkrankungen auftreten, die mit dem Hauptleiden nicht identisch sind.

Einen Vortrag zur barrierefreien IT hielt Erdmuth Meyer zu Bexen. Sie ist Beauftragte der

Hessischen Landesregierung für barrierefreie IT und leitet das Landeskompetenzzentrum für barrierefreie IT Hessen (LBIT). Das LBIT zählt zu den Vorreitern bei der barrierefreien Gestaltung von Internetauftritten öffentlicher Institutionen und Behörden. Als Service stellt das LBIT verschiedene Werkzeuge und Checklisten zur Verfügung. Auch in Verwaltungsprozesse wird das LBIT mit einbezogen, um die Digitalisierung in den Verwaltungen so barrierearm wie möglich zu gestalten. Barrierefreiheit gehe alle an, betonte Erdmuth Meyer zu Bexen. Verwaltungsmitarbeiter mit und ohne Behinderung profitierten davon. Das gleiche gelte für die Bürger.

Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales,

informierte über das Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes. Es sieht unter anderem vor, dass Arbeitgebende, die keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen müssen. So erhofft man sich neue Anreize.

Insgesamt war das Forum sehr informativ und mit vielen hochkarätigen Referenten besetzt, von denen hier nur einige genannt worden sind. Fruchtbar war auch der Austausch der Teilnehmer aus den verschiedensten Bundesländern untereinander. Kontakte konnten in persönlichen Gesprächen nach der langen Coronapause wieder aufgefrischt werden.

*Kerstin Knauer,
tbb frauenvertretung*



